

70. Sitzung der Vertretungsversammlung am 08.05.2018

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der 69. Sitzung vom 25. April 2017

Top 2 Wahl der drei Vertreter*innen der Studierenden in den Verwaltungsrat

- von der Uni Freiburg wird Fabio Zanolli gewählt, der vom Stura vorgeschlagen wurde.
- Hochschule Kehl für öffentliche Verwaltung Kehl: Hannah Horstmann
- Duale Hochschule: Jasmin Aboudhag
- Kandidat von Hochschule Offenburg wurde nicht gewählt (war auch nicht persönlich da)

Top 3 Entgegennahme des Jahresberichts des Geschäftsführers und des vorläufigen Jahresabschlusses 2017

- Wohnheimplätze:
 - SWFR will bis 2025 2.200 neue Wohnheimplätze schaffen. Dabei sind 60% WG-Zimmer geplant und 40% Einzimmerwohnungen.
 - Auf die Nachfrage, wie diese Zahlen zustande kommen, wird begründet, dass bei Anmeldung für Wohnheimplätze 2/3 der Studierenden Einzimmerwohnungen wollen. Eigentlich ist bei der Einteilung der Wohnräume (in den Neubauten) nichts vorgegeben, außer dass Einzimmerwohnungen rentabler sind...
 - Preise der Einzimmerwohnungen werden sich auf 350-395 Euro belaufen, Preise für WG-Zimmer auf 290-350 Euro.
 - Das langfristige Ziel besteht somit darin, die derzeit verfügbaren 5093 Wohnheimplätze (Jahr 2017), auf ca. 7000 im Jahr 2025 aufzustocken.
- BAföG:
 - Die Anzahl der berechtigten ist im vergangenen Jahr von ursprünglich ca. 10.000 Studierenden auf 9.000 Studierende gesunken.
 - Dies geht auf Änderungen in der Berechtigungsbemessung zurück.

TOP 4 Verschiedenes:

- Diskussion über die Arbeit der Sicherheitsdienste:
 - Laut Aussagen des SWFR sollen diese vor allem präventiv eingesetzt werden, aber nicht in das Student*innen-Leben eingreifen.
- Kürzung von Geldern:
 - Landesrechnungshof will Gelder des Landes an Studierendenwerke um 68% kürzen. Dies soll u.a. finanziert werden, indem Wohnheimsmieten (um rund 10€), Studierendenbeiträge (um rund 10€), der Eigenanteil für psychosoziale

Beratung und Mensapreise erhöht werden und indem Studierendenwerke in BaWü zusammen gelegt werden, die Bafög-Verarbeitung zentralisiert wird (um Mitarbeiter*innen zu sparen, zukünftig soll es dann nur eine Service-Person zur Information hier geben) und indem auf Ausgaben für Kulturangebote verzichtet werden soll.

- Das SWFR steht gegen diesen Vorschlag und erwartet, dass er von der Landesregierung abgelehnt wird.
- Die Informationen stammen laut Angaben des SWFR, aus der "Denkschrift" des Rechnungshof Baden-Württemberg.